

565782-2026 - Wettbewerb

**Deutschland – IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung –
Rahmenvereinbarung Erstellung und Betrieb eines KI-Systems für Geflüchtete sowie
Weiterentwicklungen**

OJ S 156/2026 14/08/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.

E-Mail: vergabe@bho-legal.com

Rechtsform des Erwerbers: Gruppe öffentlicher Stellen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvereinbarung Erstellung und Betrieb eines KI-Systems für Geflüchtete sowie Weiterentwicklungen

Beschreibung: Im Rahmen einer Rahmenvereinbarung soll ein Auftragnehmer ein KI-gestütztes System für den Geflüchtetenbereich entwickeln, einführen und betreiben, das Menschen im Ankommensprozess niedrigschwellig unterstützt, deren Selbstständigkeit fördert und gleichzeitig die Mitarbeitenden entlastet. Das KI-System soll als Pilotprojekt in einer Geflüchtetenunterkunft mit ca. 1.300 Bewohner*innen eingeführt werden. Wir gehen davon aus, dass ca. zwei Drittel der Menschen die Anwendung nutzen werden. Perspektivisch hat der AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V. noch weitere Unterkünfte sowie mobile Beratung, so dass es ca. 6.500 Geflüchtete umfasst, wovon wieder von zwei Dritteln Nutzer*innen ausgegangen werden kann. Mit dem Zuschlag erfolgt als Abruf aus der Rahmenvereinbarung der Auftrag zur Entwicklung des KI-Systems zur Verwendung in drei Use Cases und mit weiteren Pflichtfunktionen. Weitere Abrufe zur Weiterentwicklung des KI-Systems können erfolgen - es besteht kein Anspruch auf weitere Abrufe nach dem mit dem Zuschlag erfolgten Abruf.

Kennung des Verfahrens: d4558a2b-e3d1-465a-bfb4-d6e52cb0d986

Interne Kennung: AWO KV Berlin_00_26_JM

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

2.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 294 117,65 EUR
Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 420 168,07 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YVXMGKB#

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Mit Abgabe des Teilnahmeantrags oder des Angebots erklärt der Bewerber/

Bieter grundsätzlich, dass folgende Aussagen auf ihn zutreffen: 14.1 Umstände, die nach § 123 GWB zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. 14.2 Umstände, die nach § 124 GWB zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. 14.3 Umstände, die nach Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der aktuellen Fassung zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. 14.4 Umstände, die nach § 19 MiLoG zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. 14.5 Umstände, die nach § 21 AentG zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. 14.6 Umstände, die nach § 98c AufenthG zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. 14.7 Umstände, die nach § 21 SchwarzArbG zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. 14.8 Umstände die nach § 22 LkSG zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. 14.9 Umstände die nach § 14 BTTG zum Ausschluss führen können, liegen nicht vor. Kann das Unternehmen dies nicht erklären, hat es auf einer eigenen Anlage darzustellen, warum die Erklärung nicht möglich war und welche Maßnahmen getroffen wurden, die bei einer Entscheidung über die Notwendigkeit eines Ausschlusses zu berücksichtigen wären (insb. Selbstreinigung).

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Rahmenvereinbarung Erstellung und Betrieb eines KI-Systems für Geflüchtete sowie Weiterentwicklungen

Beschreibung: Im Rahmen einer Rahmenvereinbarung soll ein Auftragnehmer ein KI-gestütztes System für den Geflüchtetenbereich entwickeln, einführen und betreiben, das Menschen im Ankommensprozess niedrigschwellig unterstützt, deren Selbstständigkeit fördert und gleichzeitig die Mitarbeitenden entlastet. Das KI-System soll als Pilotprojekt in einer Geflüchtetenunterkunft mit ca. 1.300 Bewohner*innen eingeführt werden. Wir gehen davon aus, dass ca. zwei Drittel der Menschen die Anwendung nutzen werden. Perspektivisch hat der AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V. noch weitere Unterkünfte sowie mobile Beratung, so dass es ca. 6.500 Geflüchtete umfasst, wovon wieder von zwei Dritteln Nutzer*innen ausgegangen werden kann. Mit dem Zuschlag erfolgt als Abruf aus der Rahmenvereinbarung der Auftrag zur Entwicklung des KI-Systems zur Verwendung in drei Use Cases und mit weiteren Pflichtfunktionen. Weitere Abrufe zur Weiterentwicklung des KI-Systems können erfolgen - es besteht kein Anspruch auf weitere Abrufe nach dem mit dem Zuschlag erfolgten Abruf.

Interne Kennung: AWO KV Berlin_00_26_JM

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

5.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Auf Leistungen vor Ort wird weitestgehend verzichtet.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen: Der Gesamtumsatz im

Tätigkeitsbereich des Auftrags (Softwareentwicklung) in den letzten drei abgeschlossenen

Geschäftsjahren liegt durchschnittlich bei über 500.000 EUR (netto).

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen: Das Unternehmen hatte im

letzten Jahr durchschnittlich mindestens 8 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) im

projektrelevanten Umfeld (im Umfeld Software-Entwicklung eingesetztes Personal inkl.

Projektleitung, Software-Entwicklung, UX-Design).

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen: Es ist mittels Referenzen

nachzuweisen, dass innerhalb der letzten drei Jahre in mindestens drei Aufträgen Leistungen

erbracht wurden, die in Art und Umfang mit den vom Auftragnehmer erwarteten Leistungen

vergleichbar sind. Bewertung: Es erfolgt eine Bewerberbegrenzung. Es werden mindestens

drei Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert. Der Auftraggeber ist frei zu entscheiden, wie

viele geeignete Bewerber er über die Mindestzahl von drei zum Bieterwettbewerb zulässt. Die

Rangbildung erfolgt anhand der Unternehmensreferenzen. Es werden nur die ersten drei vom

Unternehmen angegebenen Referenzen gewertet. Die Bewertung erfolgt nach folgendem

Maßstab: 1 BP: Insgesamt ähneln sich die Herausforderungen in den angegebenen

Unternehmensreferenzen mit den Herausforderungen der ausgeschriebenen

Rahmenvereinbarung noch ausreichend. 2. BP: Insgesamt ähneln sich die Herausforderungen

in den angegebenen Unternehmensreferenzen mit den Herausforderungen der

ausgeschriebenen Rahmenvereinbarung mehr als noch ausreichend. 3 BP: Insgesamt ähneln

sich die Herausforderungen in den angegebenen Unternehmensreferenzen mit den Herausforderungen der ausgeschriebenen Rahmenvereinbarung stark. 4. BP: Insgesamt ähneln sich die Herausforderungen in den angegebenen Unternehmensreferenzen mit den Herausforderungen der ausgeschriebenen Rahmenvereinbarung sehr stark. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 16/08/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVXMGKB/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: Die Kommunikation findet ausschließlich über die Vergabepattform statt.

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVXMGKB>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVXMGKB>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 28/08/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderungen sind nach § 56 VgV zulässig.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: § 128 Abs. 1 GWB ist zu beachten.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung erfolgt 10 Kalendertage nach Absendung der beabsichtigten Zuschlagserteilung an die unterlegenen Bieter gem. § 134 Abs. 2 GWB. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB). Auf die prozessualen Vorschriften der §§ 160 ff. GWB wird außerdem hingewiesen. Die Unwirksamkeit des öffentlichen Auftrags wegen eines Verstoßes gegen § 134 GWB kann gemäß § 135 Abs. 2 S. 1 GWB i.V.m. § 135 Abs. 1 Nr. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.

Registrierungsnummer: VR 10713 B

Postanschrift: Hochstädter Str. 1

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 13347

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@bho-legal.com

Telefon: 000

Internetadresse: <https://awo-mitte.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74

Postanschrift: Martin-Luther-Str. 105

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de

Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: fe87567b-5a1d-412d-b4af-395aee42b271-01

Hauptgrund für die Änderung: Korrektur – Beschaffer

Beschreibung: In der ursprünglichen Bekanntmachung waren hinsichtlich des Auftragswerts und des Rahmenvertragshöchstwerts Bruttowerte statt Nettowerte angegeben. Dies wird korrigiert. In den Vergabeunterlagen befanden sich widersprüchliche Angaben zum Anteil der Wertung des Personals an der Gesamtleistungswertung. Dies wird korrigiert.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: In der ursprünglichen Bekanntmachung waren hinsichtlich des Auftragswerts und des Rahmenvertragshöchstwerts Bruttowerte statt Nettowerte angegeben. Dies wird korrigiert. In den Vergabeunterlagen befanden sich widersprüchliche Angaben zum Anteil der Wertung des Personals an der Gesamtleistungswertung. Dies wird korrigiert.

Änderung der Auftragsunterlagen am: 03/08/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 005b1683-090b-40ff-9f28-972d45b2dcd6 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/08/2026 12:33:24 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 565782-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 156/2026

Datum der Veröffentlichung: 14/08/2026